

## Zentrum – Partei der Mitte

*Die Auseinandersetzung mit Joseph Wirth über die Regierungskoalition unter Einschluss der Deutschnationalen benutzte Heinrich Brauns auf dem 4. Zentrumsparteitag 1925 in Kassel zur grundsätzlichen Klärung der politischen Position des Zentrums. Das Zentrum müsse bereit sein, mit allen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden politischen Kräften in Koalitionen zusammenzuarbeiten. Dieses Prinzip müsse nach links und rechts angewendet werden. Die Wunden, die der Volkskörper hat, könnten nur dadurch geheilt werden, dass man alle Seiten zur Verantwortung heranziehe.*

Nun ein Wort zu der Kernfrage, die – ich möchte fast sagen, einen Umschwung der ganzen Debatte des Parteitages bewirkt hat –,

(sehr richtig!)

einen bedauerlichen Umschwung.

(Erneute Rufe: Sehr richtig!)

Dr. Wirth hat an Stegerwald die Frage gerichtet – ich gebe sie ziemlich wörtlich wieder: Kann man und soll man abseits stehende Kräfte zur Mitarbeit am Staat und seinen Notwendigkeiten zwingen? Diese Frage ist gestellt worden mit dem Hinweis auf das Bestreben der Zentrumsfraktion, auch die Rechte zur Verantwortung mit heranzuziehen. Ich bin der Meinung: Wir müssen diese Frage bejahen und nicht verneinen,

(Sehr richtig)

dabei will ich allerdings das Wort zwingen nicht urgieren –, ich versteh'e dies Zwingen als einen gewissen moralischen Zwang, der sich dahin auswirkt, dass abseitsstehende Parteien in die Mitverantwortung eintreten; ich kann mir auch nicht denken, dass der Herr Kollege Wirth diese Frage verneinen könnte, denn er wendet den Grundsatz ja selbst gegenüber der Linken an, hat ihn angewandt und wendet ihn heute wieder an; wir haben dieses Prinzip früher angewandt nach links und wenden es heute wieder nach links an, wir müssen aber als Zentrumspartei das Prinzip auch nach rechts anzuwenden bereit sein.

Meine Damen und Herren, wenn wir eine Volksgemeinschaft verwirklichen wollen, dann geht das nur auf dem Wege, dass alle Klassen und Stände und Parteien, die bereit sind, auf dem Boden der Reichsverfassung die Verantwortung für die politische Entwicklung mit zu übernehmen, auch, je nachdem wie die Umstände sind, zur Verantwortung zugelassen werden.

(Zuruf: wenn!)

Meine Damen und Herren, das ist geschehen durch die Zusammenarbeit in der letzten Regierung. Wir haben diese Zusammenarbeit ernst genommen. Wir sind von der Überzeugung getragen gewesen, dass sie ihre

Früchte zeitigen würde und zeitigen müsse; ich gehe weiter, ich bin auch heute noch überzeugt, dass sie ihre Früchte gezeitigt hat,

(Zustimmung.)

und zwar trotz der Beschlüsse des Parteitages der Deutschnationalen, auf die der Kollege Wirth eben hingewiesen hat. Man kann eine gegenteilige Meinung im politischen Leben nicht dadurch berichtigen und ändern, dass man sie bloß bekämpft; es gibt keinen anderen Weg, die Gesamtheit des Volkes, die verschiedenen Parteien zur rechten Einstellung zum Staat und zur Staatsarbeit, zur positiven aufbauenden Arbeit zu bringen, als den Weg der politischen Verantwortung. Mit Kämpfen, namentlich mit leidenschaftlichen Kämpfen, wird man unter Umständen die Opposition nur noch stärken. Will man aber die Wunden heilen, die der Volkskörper hat, dann kann man das politisch nur dadurch, dass man alle Seiten zur Verantwortung heranzieht!

(Beifall.)

Nun sagt Dr. Wirth: dadurch ist ein Wirrwarr angerichtet worden, wir hätten falsch spekuliert, die Voraussetzungen dafür seien nicht gegeben gewesen. Meine verehrten Herren, diesen Einwand können wir dem Herrn Kollegen Wirth schlankweg zurückgeben: er hat mit der Linken zusammengearbeitet.

(Zuruf: wir alle!)

Während des letzten Kabinetts, dem er als Kanzler vorstand, im November 1922. Als er gerade in Krankheitsurlaub war, da haben sich die Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei zusammengesetzt und haben veranlasst, dass die damalige Note vom November 1922 abgesandt wurde. Die Art, wie diese Note zustande kam, bedeutete einen großen Wendepunkt in unserer außen- und inner-politischen Entwicklung. Dr. Wirth hat damals aus der Tatsache des Zusammenarbeitens der Parteien der großen Koalition auch die Konsequenz für die Regierungsbildung ziehen wollen. Aber da ist ihm im letzten Augenblick die Absage durch die Sozialdemokratie, nicht durch andere, meine Damen und Herren, erteilt worden. Wirth hat damals nicht daraus den Schluss gezogen, dass er deshalb der blamierte Europäer wäre, wie es jetzt etwa Stegerwald sein soll oder ich oder sonst einer der Führer der Fraktion.

Unter dem Zwang der Tatsachen – unter dem Zwang der Mehrheitsverhältnisse, wie sie sich aus der Reichstagswahl vom Dezember 1924 ergeben hatten – haben wir so handeln müssen, wie es geschehen ist. Wenn sich nun die Deutschnationalen der Verantwortung und der Mitarbeit wieder entzogen haben, sind wir deshalb jetzt die blamierten Europäer? Wenn Herr Wirth heute bereit ist, aus den Geschehnissen vom 22. November 1922 keine Konsequenzen zu ziehen, sondern wieder mit Links zusammenzuarbeiten, müssen wir dann nicht auch heute, trotz eines augenbli-

cken Wirrwarrs, an unserer grundsätzlichen Einstellung einer Arbeitsbereitschaft sowohl mit der Rechten, wie mit der Linken unter den bekannten Voraussetzungen festhalten?

(Stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Wenn wir uns anders zu dieser Frage einstellen wollten, so würden wir zu der praktischen Konsequenz kommen: wenn ich einen Kranken habe und habe ihn mit der ersten Kur nicht heilen können, dann muss ich ihn aufgeben und darf keine zweite Kur mit ihm versuchen! So geht es doch nicht; ein kranker Volkskörper muss unter Umständen ein paarmal einer Kur unterzogen werden, um schließlich zur Gesundheit zu kommen. Das ist unser Zentrumsstandpunkt.

Meine Damen und Herren, wir hätten den Weg nicht gehen dürfen, wenn wir und insbesondere ich selbst auf Grund meiner Erfahrungen im Kabinett irgendwie die Wahrnehmung gemacht hätten, dass die Leute, mit denen wir dort zusammenarbeiten mussten, es nicht ehrlich gemeint hätten. Diese Erfahrung haben wir nicht gemacht! Das bin ich diesen Herren schuldig, in diesem Zusammenhang hier auszusprechen, meine Ministerkollegen von der Rechten haben mit der ehrlichen Absicht, zu einem Ergebnis und zu einer Verständigung auch mit unserer Partei zu kommen, in diesem Kabinett gearbeitet. Die Parteidelegiertenversammlung der Deutschnationalen hat die Fortsetzung dieser Arbeit unmöglich gemacht. Darüber zu streiten und zu rechten, das bringt uns nicht weiter; man kann nur die Lehre daraus ziehen, dass man schließlich auch in der Demokratie die schwierigsten und delikatesten Fragen nicht vor Versammlungen erledigen darf, die darauf nicht vorbereitet sind.

(Beifall und Zustimmung.)

Damit komme ich zum Schluss meiner Ausführungen. Meine Damen und Herren! Ich kann nur dem Gedanken beipflichten, dass dieser Parteitag sich klar und deutlich über unsere Streitfragen aussprechen soll; ich würde auch für eine öffentliche Tagung des Parteitages gewesen sein, wenn wir darüber schon vor zwei bis drei Wochen einen Beschluss herbeigeführt hätten, und wenn das nicht erst am Samstag beschlossen worden wäre. Aber, meine verehrten Herren, dann müsste doch auch die Möglichkeit bestehen, solche Dinge vorher in einem engeren Kreise durchzusprechen und sachlich zu klären. Wenn man es so einrichtet, dass in einer so großen Versammlung die Leidenschaften und die Gegensätze ungehemmt aufeinander platzen, dann ist eine gedeihliche Arbeit nicht möglich.

(Beifall und Zustimmung.)

Ich würde also glauben, dass es keinen Zweck hat, in diesem Stadium vor dem Plenum des Parteitages die Angelegenheit Dr. Wirth weiter zu behandeln; wir wollen uns damit abfinden, dass wir alle das Bestreben haben, wirklichen Zentrumsgeist in uns zu tragen und auf dem Boden dieses

Geistes das anzustreben, was in all den Reden als unser gemeinsames Ziel durchgeklungen ist.

Über die Tagespolitik sind die Meinungen ja auseinandergegangen; der eine oder der andere mag vielleicht etwas mehr als eine Frage der Taktik darin sehen, im Grunde genommen aber ist es doch tatsächlich nichts weiter als eine verschiedene Beurteilung der praktischen politischen Maßnahmen und ihrer Auswirkungen draußen im Lande – ich will das nicht näher ausführen. Ich glaube deshalb, dass es richtig wäre, uns mit dieser Feststellung zu begnügen und dann die weitere Erledigung der Dinge den Parteiinstanzen zuzuweisen, die von allen Seiten, aus dem ganzen Lande, aus allen Richtungen der Partei und der Fraktion genügend beschickt sind, um die Dinge zu einem endgültigen, gedeihlichen Ergebnis und zur vollen Klärung zu bringen.

(Beifall und Zustimmung.)

Ob wir dann mit der vorliegenden Frage noch einmal vor den Parteitag gehen müssen, oder nicht, das wird sich zeigen. Ich glaube aber, dass hier im Plenum die Dinge für eine Weiterverhandlung noch nicht reif sind.

Aus: Offizieller Bericht des 4. Reichsparteitages der deutschen Zentrumspartei, Tagung zu Kassel am 16. und 17. November 1925, S. 84-85.